

# Die Besteuerung der öffentlichen Hand

Verwaltungs- und Steuerrecht der öffentlichen Unternehmen und der juristischen Personen des öffentlichen Rechts

Bearbeitet von

Prof. Dr. Jürgen Hidién, Andreas Jürgens, Uwe Baldauf, Thorsten Boos, Jochen Bürstinghaus, Steffen Döring, Dr. Andreas Erdbrügger, Horst Eversberg, Dr. Christian Gastl, Dr. Reiner Gay, Carsten Höink, PD Dr. David Hummel, Dr. Ralf Kohlhepp, Martin Kronawitter, Prof. Dr. Thomas Küffner, Bernd Leippe, Dr. Bastian Liegmann, Dr. Stefan Johannes Lock, Dr. Mathias Lorenz, Manfred Materne, Norbert Meier, Matthias Menebröcker, Andreas Meyer, Ralf Meyer, Christian Möser, Thomas Müller-Marques-Berger, Christoph Münz, Prof. Dr. Gregor Nöcker, Henning Overkamp, Claus-Peter Pithan, Dr. Rainer Rausch, Dr. Michael Rust, Prof. Dr. Joachim Schiffers, Simone Schlewitz, Nora Schmidt-Keßeler, Jan-Volkert Schmitz, Martin Schmitz, Dr. Peter Storg, Dr. Martin Strahl, Christian Trost, Franz Vochsen, Dr. Christina Weidmann, Eike Christian Westermann, Werner Widmann

1. Auflage 2017. Buch. LVIII, 2642 S. In Leinen

ISBN 978 3 406 69941 2

Format (B x L): 14,1 x 22,4 cm

[Steuern > Körperschaftsteuer, Umwandlungssteuerrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



# beck-shop.de

## DIE FACHBUCHHANDLUNG

Hidien/Jürgens  
Die Besteuerung der öffentlichen Hand



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Die Besteuerung der öffentlichen Hand

Verwaltungs- und Steuerrecht  
der öffentlichen Unternehmen  
und der juristischen Personen  
des öffentlichen Rechts

Herausgegeben von

**Prof. Dr. Jürgen W. Hidién**

Professor für Öffentliches Recht und Steuerrecht  
an der Fachhochschule für Finanzen des  
Landes Nordrhein-Westfalen in Nordkirchen

**Andreas Jürgens**

Dipl.-Ingenieur, Wirtschaftsprüfer  
und Steuerberater in Münster

2017



# beck-shop.de

## DIE FACHBUCHHANDLUNG

Zitiervorschlag:

*Verfasser* in: Hidién/Jürgens, Die Besteuerung der öffentlichen Hand,  
§ 1 Rn. 1.

**[www.beck.de](http://www.beck.de)**

ISBN 9783406699412

© 2017 Verlag C. H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen  
(Adresse wie Verlag)

Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## **Verfasser**

*Uwe Baldauf*

Dipl.-Kaufmann, Dipl.-Betriebswirt in Berlin

*Dr. Thorsten Boos*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht und Steuerberater in Dreieich

*Jochen Bürstinghaus*

Dipl.-Finanzwirt in Köln

*Steffen Döring*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht und Steuerberater in Berlin

*Dr. Andreas Erdbrügger*

Rechtsanwalt und Steuerberater in Berlin

*Horst Eversberg*

Dipl.-Finanzwirt, Steuerberater, Ministerialrat a. D. aus Düsseldorf

*Dr. Christian Gastl*

Dipl.-Kaufmann, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Wiesbaden

*Dr. Reiner Gay*

Rechtsanwalt und Steuerberater in Nürnberg

*Prof. Dr. Jürgen W. Hidién*

Professor für Öffentliches Recht und Steuerrecht an der Fachhochschule für  
Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen

*Dr. Carsten Höink*

Dipl.-Finanzwirt, Rechtsanwalt und Steuerberater in Münster

*Privatdozent Dr. David Hummel*

Referent am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg

*Andreas Jürgens*

Dipl.-Ingenieur, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Münster

*Dr. Ralf Kohlhepp*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht, Steuerberater und  
Wirtschaftsprüfer in Hamburg

*Martin Kronawitter*

Dipl.-Betriebswirt (FH), Dipl.-Volkswirt, Dipl.-Handelslehrer  
in Untergriesbach

**Verfasser**

*Prof. Dr. Thomas Küffner*

Rechtsanwalt, Steuerberater, Fachanwalt für Steuerrecht und  
Wirtschaftsprüfer in München

*Bernd Leippe*

Dipl.-Finanzwirt, Leitender Städtischer Verwaltungsdirektor a. D. in Essen

*Dr. Bastian Liegmann*

Rechtsanwalt, Wirtschaftsjurist (Univ. Bayreuth) und Steuerberater in Berlin

*Dr. Stefan Johannes Lock*

Referatsleiter in der Stadtverwaltung Neuss

*Dr. Mathias Lorenz*

Dipl.-Kaufmann, Steuerberater in Nürnberg

*Manfred Materne*

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht in Berlin

*Norbert Meier*

Städtischer Rechtsdirektor und Finanzjustitiar in Essen

*Matthias Menebröcker*

Dipl.-Jurist in Münster

*Andreas Meyer*

Bereichsleiter Finanzen und Steuern in Berlin

*Ralf Meyer*

Dipl.-Finanzwirt, Dipl.-Kaufmann, Städtischer Verwaltungsobererrat  
in Gelsenkirchen

*Christian Möser*

Rechtsanwalt in Leipzig

*Thomas Müller-Marqués Berger*

Dipl.-Kaufmann in Stuttgart

*Christoph Münz*

Oberverwaltungsrat in Essen

*Prof. Dr. Gregor Nöcker*

Richter am Bundesfinanzhof

*Henning Overkamp*

Rechtsanwalt und Steuerberater in Münster

*Claus Peter Pithan*

Dipl.-Finanzwirt in Köln

## Verfasser

*Dr. Rainer Rausch*  
Oberkirchenrat in Dessau-Roßlau

*Dr. Michael Rust*  
Rechtsanwalt in München

*Prof. Dr. Joachim Schiffers*  
Dipl.-Kaufmann, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Düsseldorf

*Simone Schlewitz*  
Referatsleiterin in Berlin

*Nora Schmidt-Kessler*  
Dipl.-Finanzwirtin und Rechtsanwältin in Berlin

*Jan-Völkert Schmitz*  
Rechtsanwalt in Köln

*Martin Schmitz*  
Dipl.-Volkswirt, Steuerberater in Berlin

*Christian Sterzinger*  
Dipl.-Finanzwirt (FH), Regierungsdirektor im Ministerium der Finanzen des  
Landes Sachsen-Anhalt

*Dr. Peter Storg*  
Dipl.-Kaufmann, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Nürnberg

*Dr. Martin Strahl*  
Dipl.-Kaufmann, Steuerberater in Köln

*Christian Trost*  
Dipl.-Betriebswirt (FH), Steuerberater in Münster

*Franz Vöchsen*  
Rechtsanwalt und Steuerberater in Krefeld

*Dr. Christina Weidmann*  
Rechtsanwältin und Fachanwältin für Erbrecht in Hamburg

*Eike Christian Westermann LL.M.*  
Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht und Steuerberater in Düsseldorf

*Werner Widmann*  
Ministerialdirigent a. D. in Wiesbaden





**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## **Einleitendes Vorwort**

Gegenstand dieses Handbuchs ist das auf den ersten Blick paradoxe Phänomen der Besteuerung staatlicher Funktionen: namentlich die Eigenbesteuerung des Staatsvermögens, der Staatsverwaltung, von Staatsleistungen, Staatseinrichtungen und Staatsunternehmen. „Staat“ (vulgo: öffentliche Hand) umfasst hier besonders die großen Gebietskörperschaften wie Bund, Länder, Kommunen sowie die unzähligen anderen juristischen Personen des öffentlichen Rechts der unmittelbaren und mittelbaren Staatsverwaltung, aber auch staatsferne oder staatsexterne öffentlich-rechtliche Anstalten oder Körperschaften wie Rundfunk oder Religionsgemeinschaften.

Die Steuerpflicht ist im Steuerstaat des Grundgesetzes grundsätzlich eine gesetzliche Gemeinlast und Grundpflicht der privaten Hand gegenüber dem Gemeinwesen. Der Staat überlässt die wirtschaftliche Betätigung somit den Bürgern und beschränkt sich auf ihre Besteuerung. Er ist an sich kein Steuersubjekt oder Steuerschuldner oder Steuerträger, sondern Steuergläubiger. Die Steuerstaatlichkeit lebt von der Ausübung der wirtschaftlichen Freiheit der Bürger und ihrer Besteuerung, nicht von der Eigenwirtschaft des Staates und seiner Eigenbesteuerung. Die Steuereinnahmen sichern seine aufgabenangemessene Finanzausstattung. In einer Europäischen Union, die dem Ziel einer sozialen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb (Art. 3 EUV, Art. 119 AEUV) verpflichtet ist, sind Staatswirtschaft und Staatsbesteuerung danach rechtfertigungsbedürftige Sonder- oder Ausnahmetatbestände, wenn nicht gar Fremdkörper.

Die rechtliche und rechtstatsächliche Entwicklung ist anders verlaufen und hat diese Maximen zumindest relativiert. Der Staat ist heute aktives Wirtschafts- und Steuersubjekt. Staatsbesteuerung ist in Deutschland historisch ein wirtschafts- und wettbewerbspolitischer Reflex der im 19. Jahrhundert verstärkt mit der Industrialisierung aufkommenden Staats- und Kommunalwirtschaft, die ihrerseits Folgen der sich wandelnden Staatsaufgaben hin zu einem vorsorgenden Staat sind. In anderen EU-Mitgliedstaaten hat die Idee der Staatswirtschaft eine noch längere und fortwirkende wirtschaftspolitische Tradition. Die (nicht immer gewinnträchtigen) Einnahmen der großen Gebietskörperschaften aus „wirtschaftlicher Tätigkeit“ besonders in Gestalt von öffentlichen Unternehmen belaufen sich mittlerweile (Stand: 2011) auf mehr als 20 Mrd. Euro p. a. Diese statistische Einnahmeposition umfasst Mieten, Pachten, Konzessionsabgaben, sonstige Einnahmen und Gewinne aus unzähligen Unternehmen und Beteiligungen von Bund, Ländern und Kommunen an öffentlichen, privaten oder „gemischten“ Unternehmen (Dividenden, Gewinnanteile, Bilanzgewinne der Sparkassen). Hinzu kommen öffentlich-rechtliche Einnahmen (besonders Vorzugslasten wie Gebühren und Beiträge), die ebenfalls wirtschaftliche Staatsleistungen entgelten sollen.

Nicht erst seit der in den 1980er-Jahren einsetzenden Deregulierung und zunehmenden Privatisierung aller Wirtschaftssektoren in Deutschland und Europa hat sich der reale Wettbewerb zwischen privaten und (staatlich finan-

## **Vorwort**

zierten) öffentlichen Unternehmen spürbar verschärft. Zugleich stellt sich die Frage, warum der „Staat“ als Steuergläubiger sich selbst besteuern sollte, unter dem Blickwinkel, dass das privatwirtschaftliche Handeln des Staates auch der allgemeinen Versorgung seiner Bürger dient. Gefragt wird heute kaum mehr, *ob* der eigensinnige Staat sich und seine Untergliederungen besteuern darf, sondern inwieweit dies jedenfalls dann zulässig, angebracht und geboten ist, wenn er das Feld der Wirtschaft der Gesellschaft betritt und dort nicht nur als Schiedsrichter, sondern auch als Akteur, Spieler und Konkurrent tätig wird. Die hiermit verbundene alte Streitfrage nach Grund und Reichweite der Selbst- und Gegenseitigkeitsbesteuerung des Staates scheint zugunsten einer steuerpraktischen Perspektive aus dem Blick geraten zu sein, gewinnt aber im Rahmen einer ausdifferenzierten, föderativen Finanzverfassung an fiskalischer und rechtlicher Bedeutung und Brisanz.

Jedenfalls für die handlungs- und erfolgsbezogenen Steuerrechtstatbestände stellt sich danach regelmäßig die konkrete Auslegungsfrage, ob und inwieweit eine wirtschaftliche und/oder wettbewerbsrelevante und/oder hoheitliche Tätigkeit oder Aufgabe des Staates steuerpflichtig ist. Mit dieser disparaten Trias des Wirtschafts-, Wettbewerbs- und Hoheitsprinzips, die unter dem Dach des einfachen, auf Finanzbedarfsdeckung ausgerichteten Steuerrechts auszugleichen sind, verbinden sich vorrangige oder doch vorausliegende europa-, verfassungs- und verwaltungsrechtliche Fragen nach Inhalt, Reichweite und Abgrenzung des Steuerzugriffs. Ein eher abschreckendes Muster für die Konfusion dieser Problemaspekte ist in diesem Zusammenhang die Neuregelung des § 2b UStG ab 2017.

Ein eigentliches Rechtssystem oder Rechtsgebiet der Besteuerung der öffentlichen Hand existiert nicht. Auch besteht bisher keine abgabenrechtliche Mantelregelung oder verfassungsrechtliche Generalklausel, die Maß, Art und Reichweite des einzelsteuergesetzlichen Steuerzugriffs steuern oder regeln würde. Die hier unter dem Begriff des Besteuerungsregimes zusammengefassten gesetzlichen Regelungen führen eher ein Schatten- oder Nischendasein, sind in nahezu allen Steuer- und Abgabengesetzen verstreut und auch inhaltlich zersplittert, oftmals im Rahmen des Zustands- und Handlungstatbestandes, der die Steuerbarkeit regiert, ansonsten eher versteckt in den Steuerbefreiungsregelungen oder anderen Steuervergünstigungen. Grundlegende Steuerzugriffstatbestände speziell für die Besteuerung der öffentlichen Hand finden sich etwa für das Ertrag- und Umsatzsteuerrecht in § 4 KStG, § 2 Abs. 3 bzw. § 2b UStG und in Art. 13 MwStSystRL. Da sie besondere, personelle und sachliche Bedingungen für den Steuerzugriff aufstellen, handelt es sich schon an dieser Stelle um Sondersteuerrecht der öffentlichen Hand, das oftmals von Herkunft und Tradition geprägt ist.

Eine überzeugende Integration dieses steuerrechtlichen Sonderregimes in das bestehende Besteuerungssystem oder eine Rückkehr zu den allgemeinen Besteuerungsgrundlagen ist bisher noch nicht geglückt. Die Reformen der letzten Jahre haben vielmehr im Gegenteil tendenziell das Sonderregime mitunter kleinteilig und geradezu detailverliebt dirigiert und technokratisch organisiert, und damit den Abstand zu den allgemeinen Regeln eher verstärkt und vertieft. Dies war der Rechtssicherheit nicht förderlich, sondern hat zu weiteren Friktionen und Abweichungen von den allgemeinen Grundsätzen

## Vorwort

beigetragen, die (vor-)schnell in den Vorwurf der Privilegierung der öffentlichen Hand münden. In der alltäglichen Praxis der Finanzverwaltungen einerseits und pars pro toto der Kommunalverwaltungen andererseits hat sich dieses Teilgebiet des Steuerrechts zu einem Spezialgebiet entwickelt, das punktuell durch die Rechtsprechung, aber maßgeblich durch Steuererlasse oder Nichtanwendungserlasse bestimmt wird und selbst erfahrene Experten vor Verständnisprobleme stellt, jedenfalls aber die Prinzipien der Besteuerung oder Nichtbesteuerung nicht mehr deutlich zu erkennen gibt.

Vor diesem Hintergrund ist es Ziel und Anspruch dieses Handbuchs, staatsrechtliche, europarechtliche und steuerrechtlichen Grundlagen, Strukturen und innere Systematik, aber auch Einzel- und Sonderfragen sowie Rechtsprobleme des besonderen Besteuerungsregimes der öffentlichen Hand sowohl für eine vertiefende wissenschaftliche Erkenntnis als auch für steuerrechtsdogmatische und praktische Zwecke zu verdeutlichen, zu analysieren und zu bewerten. Eine aktuelle, zusammenfassende, allgemeine und systematische Darstellung, die einen zugleich vertieften und umfassenden Gesamtüberblick verschafft und sich ausschließlich dem Thema widmet, liegt bisher in dieser Form noch nicht vor. Die vorhandene Fachliteratur, die mittlerweile Legion ist, insbesondere eine Fülle von neuen Aufsätzen und eine Reihe von Dissertationen zum Thema, können diese Lücke nur unzureichend oder punktuell schließen. Die wegweisende Monographie von *Rainer Hüttemann* unter dem gleichnamigen Titel „Die Besteuerung der öffentlichen Hand“ datiert aus dem Jahre 2002. Auch die einschlägige aktuelle und wachsende Rechtsprechung der Finanzgerichte und nicht zuletzt des EuGH konnte bisher noch nicht aufgearbeitet werden. Andererseits besteht bei den beteiligten Akteuren, aber auch beim deutschen und europäischen Gesetzgeber, ein neues, beachtliches Interesse an diesem Thema.

Da die Einzelfragen zu den teilweise komplizierten und komplexen steuerrechtlichen Sonderregelungen nicht nur Anwendungsprobleme verursachen, sondern immer wieder mit Auslegungsproblemen zusammenhängen, die ihrerseits permanent auf die Grundfragen der Besteuerung zurückführen, widmen wir uns im ersten, umfangreichen Teil des Werkes ausführlich den verfassungs- und wirtschaftsverwaltungsrechtlichen sowie europarechtlichen Grundlagen der wettbewerbsrelevanten, wirtschaftliche Betätigung des Staates und seiner Besteuerung. Im Vordergrund steht die der weiteren rechtsdogmatischen Durchdringung vorgelagerte Grundfrage, ob und inwieweit staatliche Funktionen auf der Grundlage eines umgreifenden marktwirtschaftlichen und rechtlichen Wettbewerbsprinzips überhaupt besteuert werden dürfen und sollten.

Im zweiten Teil werden die vielfältigen, verstreuten einzelsteuergesetzlichen Regelungen im Kontext der jeweiligen Steuerart rechtsdogmatisch und systematisch mit Blick auf ihre oftmals umstrittene Auslegung durch Rechtsprechung, Finanzverwaltung und Schrifttum untersucht. Einen Schwerpunkt bilden das durch das Jahressteuergesetz 2009 reformierte Körperschaftsteuerrecht sowie die durch das Steueränderungsgesetz 2015 reformierte Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand. Sowohl die (übergangsweise bis 2020 fortgeltende) Altregelung des § 2 Abs. 3 UStG als auch die Neuregelung des § 2b UStG werden ausführlich, auch vor dem Hintergrund der europarechtlichen

### **Vorwort**

Rechtsgrundlage, analysiert. Zudem werden auch andere, bisher eher vernachlässigte Steuerarten und Abgaben, die ebenfalls eine Besteuerung der öffentlichen Hand begründen, vorgestellt und bewertet.

Vorausgeschickt und eingangs vor die Klammer gezogen werden Grundstrukturen der Besteuerung sowie der bereits im Jahre 1934 eingeführte Grundlagenbegriff des Betriebs gewerblicher Art, der bislang nicht nur das Ertrags- und Umsatzsteuerrecht geprägt hat. In diesem Zusammenhang werden de lege lata neuartige Rechtskriterien für eine steuerrechtliche Konkretisierung des wirtschaftlichen Wettbewerbsprinzips und des gegenläufigen Hoheitsprinzips vorgestellt, die eine bessere Abgrenzung der steuerbaren wirtschaftlichen und der nichtsteuerbaren hoheitlichen Aufgaben und Tätigkeiten des Staates erlauben. Hier und im ersten Teil werden en passant auch Fragen der Reform des Besteuerungsregimes de lege ferenda aufgegriffen.

Der dritte praxisnahe Teil untersucht, wie im Titel angezeigt, Querschnitts-, Anwendungs- und Gestaltungsfragen der Besteuerung der öffentlichen Hand und wendet sich vorrangig, aber nicht ausschließlich, an diejenigen in Wirtschaft, Beratung, Justiz oder Finanzverwaltung tätigen Personen, die konkreten Fragestellungen aus ihren Interessengebieten nachgehen. Im Mittelpunkt stehen daher die auch für die öffentliche Hand gestaltbaren, praktisch bedeutsamen Rechts- und Organisationsfragen einerseits und die steuerrechtliche Einordnung der Besteuerung einzelner juristischen Personen des öffentlichen Rechts andererseits (zB Hochschulen, Religionsgemeinschaften, Kammern, Rundfunk, Sparkassen). Einen praktischen Schwerpunkt bildet hier seit jeher die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen, deren Besteuerung ein gesonderter Abschnitt gewidmet ist. Es folgen im vierten Teil abschließend Ausführungen zur steuerrechtlichen Betriebsprüfung durch die Finanzverwaltungen sowie zum steuergerichtlichen Schutz von Konkurrenzunternehmen; beide Aspekte gewinnen in der Praxis zunehmend an Bedeutung.

In diesen komprimierten Einzelbeiträgen, die jeweils für sich stehen und den jeweiligen Norminhalt de lege lata vorstellen und vermitteln, kann der Leser (oder die Leserin) schnell einen ersten Einblick in die konkret interessierende positivrechtliche Besteuerung gewinnen. Zudem werden hier auch Gestaltungshinweise für die beratende Praxis gegeben. Gewisse Überschneidungen und Redundanzen zum allgemeinen Teil haben wir an dieser Stelle auch aus Gründen des besseren Verständnisses in Kauf genommen. Verweise sollen hier einen vertiefenden Einblick ermöglichen. Diese Praxisbeiträge, zumeist aus der Hand von steuerpraktisch tätigen Fachleuten, ersetzen natürlich keine Einzelberatung und sind auch keine direkte Handreichung für die konkrete Fallbearbeitung.

Die Herausgeber danken ausdrücklich den vielen engagierten Autorinnen und Autoren – ausgewiesene steuerrechtliche Experten aus unterschiedlichen Berufen und Bereichen –, ohne die dieses Gemeinschaftswerk nicht zustande gekommen wäre. Die Einzelbeiträge liegen in der Verantwortung des Einzelnen; sie verdeutlichen zugleich die Vielfalt der Positionen und Meinungen, die diesen Themen- und Problembereich bislang in besonderem Maße prägen. Die Gesamtverantwortung für Konzeption und Gestaltung liegt bei den Herausgebern, die für Anmerkungen, Ergänzungen und Verbesserungsvorschläge offen sind. Unser besonderer Dank gilt abschließend dem Verlag C.H.Beck

# beck-shop.de

## DIE FACHBUCHHANDLUNG

### **Vorwort**

für die freundliche Aufnahme des Werkes, namentlich dem steuerrechtlichen Lektorat unter der Gesamtleitung von Herrn Diplom-Kaufmann, Rechtsanwalt und Steuerberater Dr. Thomas Aichberger und zuvorderst der zuständigen Lektorin Frau Ass. iur. Hannah Bittner, die den umfangreichen und aufwendigen Band mit sehr viel Engagement, Sorgfalt, Geduld und Nachdruck betreut und zum Abschluss geführt hat.

Münster, im Januar 2017

*Jürgen W. Hidién  
Andreas Jürgens*



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Inhaltsübersicht

*Detaillierte Inhaltsverzeichnisse befinden sich vor den jeweiligen Paragraphen.*

	Seite
Verfasser .....	V
Vorwort .....	IX
Literatur- und Abkürzungsverzeichnis .....	XXXIII
<b>1. Teil. Staats- und europarechtliche Grundlagen</b>	
<b>§ 1 Die öffentliche Hand als Wirtschaftssubjekt .....</b>	<b>1</b>
A. Begriffliche Grundlagen .....	5
I. Einleitung .....	5
II. Begriff und Wesen der öffentlichen Hand .....	6
III. Begriff und Wesen der öffentlichen Unternehmen .....	10
IV. Staatliche Unternehmenswirtschaft als Traditionsbefund im deutschen Steuerstaat .....	21
B. Staatsrechtliche Vorgaben für die Staatswirtschaft oder: darf sich der Staat erwerbswirtschaftlich betätigen? .....	22
I. Begrenzte prinzipielle und punktuelle Verfassungsvorgaben für die staatliche Eigenwirtschaft .....	22
II. Schutzgehalt des Art. 28 Abs. 2 GG .....	25
III. Verfassungsrechtliche Bindungen .....	26
IV. Haushalts- und kommunalrechtliche Vorgaben für die Vermögensverwaltung und die Errichtung öffentlicher Unternehmen .....	27
V. Weitere modale Anforderungen an öffentliche Unternehmen .....	39
VI. Fazit .....	53
C. Verwaltungsorganisationsrecht oder wie darf sich der Staat erwerbswirtschaftlich betätigen? .....	55
I. Einleitung .....	55
II. Funktionssubjekte der Verwaltungsorganisation, insbesondere JPöR .....	55
III. Staatsrechtliche Handlungssphären (Verwaltungsfunktionen) der JPöR und ihre Bezüge zum Steuerrecht .....	68
IV. Rechts- und Organisationsformen der staatlichen Aufgabenerfüllung, insbesondere durch öffentlichen Unternehmen .....	102
D. Europarechtliche Vorgaben für die erwerbswirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand .....	141
I. Einleitung .....	141
II. Grundlagen .....	141
III. Primäres Unionsrecht .....	142
IV. Sekundäres Unionsrecht .....	159
	XV



## Inhaltsübersicht

	Seite
V. Konkurrentenrechtsschutz .....	159
VI. Zwischenergebnis .....	160
E. Fazit: Die öffentliche Hand als Wirtschaftssubjekt .....	161
<b>§ 2 Die öffentliche Hand als Steuersubjekt – staats- und europarechtliche Grundlagen der Besteuerung der öffentlichen Hand .....</b>	<b>163</b>
A. Problematik der Selbst- und Gegenseitigkeitsbesteuerung der öffentlichen Hand, Entstehung und vorkonstitutionelle Entwicklung .....	169
I. Einleitung .....	169
II. Selbst- und Gegenseitigkeitsbesteuerung des (Bundes-)Staates als Rechtsproblem .....	170
III. Historisch-genetische Aspekte der deutschen Selbst- und Gegenseitigkeitsbesteuerung .....	172
IV. Zusammenfassung und Lehren aus der Rechtsgeschichte .....	219
B. Zur Teleologie der aktuellen Besteuerung der staatsrechtlichen Handlungssphären der öffentlichen Hand .....	235
I. Problematik der Teleologie .....	235
II. Motive, Rationes und Funktionen der Besteuerung der öffentlichen Hand .....	236
III. Zusammenfassende Bewertung .....	236
C. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Besteuerung der öffentlichen Hand – Darf oder muss der „Staat“ sich selbst besteuern? ....	261
I. Problematik .....	261
II. Überblick zum verfassungsrechtlichen Streit- und Meinungsstand .....	262
III. Vorgaben der bundesstaatlichen Finanzverfassung .....	268
IV. Begrenzte Bedeutung autonomiefördernder Verfassungsgarantien für die Besteuerung bestimmter JPöR .....	279
V. Grundrechtliche Wettbewerbsneutralität im Steuerrecht der öffentlichen Hand: ordnungspolitisches Lenkungsziel und Besteuerungsgebot? .....	289
VI. Zusammenfassung zur verfassungsrechtlichen Prüfung der Selbst- und Gegenseitigkeitsbesteuerung staatlicher Funktionen .....	308
D. Europarechtliche Vorgaben für die Besteuerung der öffentlichen Hand .....	311
I. Primäres Unionsrecht .....	311
II. Bestimmungsvorgaben und Wettbewerbsneutralität im sekundären Unionsrecht (insbesondere Mehrwertsteuerrecht) .....	317
III. Relativität der europäischen Wettbewerbskonzeption mit Blick auf die öffentliche Hand und ihre Besteuerung .....	322
IV. Fazit .....	327
E. Verfassungsrechtliche Folgerungen für den Steuergesetzgeber .....	328
I. Grundsatz .....	328

## Inhaltsübersicht

	Seite
II. Allgemeine Präponderanz des Hoheitsprinzips gegenüber dem Wettbewerbsprinzip .....	328
III. Mandat des (Steuer-)Gesetzgebers .....	335
F. Fazit: Die öffentliche Hand als Steuersubjekt .....	340
I. Entstehung und Entwicklung der Selbst- und Gegenseitigkeitsbesteuerung .....	340
II. Zur vorherrschenden Teleologie der Selbst- und Gegenseitigkeitsbesteuerung .....	342
III. Verfassungsrechtliche Vorgaben für eine Selbst- und Gegenseitigkeitsbesteuerung .....	343
IV. Europarechtliche Vorgaben für eine Selbst- und Gegenseitigkeitsbesteuerung .....	345
<b>2. Teil. Einzelsteuergesetzliche Grundlagen der Besteuerung der öffentlichen Hand</b>	
<b>§ 3 Strukturen des aktuellen Besteuerungsregimes (Körperschaft- und Umsatzsteuer) .....</b>	
<b>349</b>	
A. Begrifflich-methodische Grundlagen .....	350
I. Kein „Besteuerungssystem“ .....	350
II. Problematische Verbindung von Verwaltungs- und Steuerrecht .....	352
B. Systematische Grundlagen .....	356
I. Steuerzugriff .....	356
II. Rechtsformabhängiger Steuerzugriff .....	358
III. Steuerverhaftetes Staatsvermögen und steuerrechtliche Sphären .....	363
IV. Steuervergünstigungen .....	371
V. Subjektive Rechte des Konkurrenten und der öffentlichen Hand auf Besteuerung .....	372
C. Das steuerrechtliche Sonderregime der eigenwirtschaftlich tätigen öffentlichen Hand .....	375
I. Tatbestände und Prüfungstrias im Körperschaftsteuer- und Umsatzsteuerrecht .....	375
II. Körperschaftsteuerrecht .....	378
III. Umsatz- und Mehrwertsteuerrecht .....	382
D. Besteuerung weiterer Wirtschaftsfunktionen der öffentlichen Hand .....	401
I. Fiskalische Hilfsgeschäfte .....	401
II. Staatliche Beschaffungsverwaltung .....	402
<b>§ 4 Betrieb gewerblicher Art (§ 4 KStG) als spezifischer Grundlagenbegriff des Besteuerungsregimes .....</b>	
<b>407</b>	
A. Allgemeine Bedeutung des Begriffs .....	418
I. Zum differenzierten Anwendungsbereich .....	418
II. Zwecke, Strukturen und Funktionen des Begriffs .....	426

## Inhaltsübersicht

	Seite
B. Gesetzliche Begriffsmerkmale der Wirtschaftsfunktion des BgA .....	451
I. Juristische Person des öffentlichen Rechts mit Sitz im Inland .....	451
II. Notwendiger Zustands-, Handlungs- und Erfolgsbestand .....	458
III. Zwei positive gesetzliche Abgrenzungen des Begriffs .....	529
C. Zur steuerrechtlichen Teilfreistellung der Vermögensverwaltung im Kontext der Wirtschaftsfunktion des BgA .....	551
I. Steuerrechtliche Grundlagen der sog. Vermögensverwaltung .....	551
II. Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung allgemein .....	562
III. Sonderfall: Verpachtung eines BgA als BgA (§ 4 Abs. 4 KStG) .....	564
IV. Einnahmen einer JPöR aus Finanzkapitalvermögen (Beteiligungen) .....	582
V. Einnahmen aus staatlichen Veräußerungsgeschäften als sog. Hilfsgeschäfte .....	613
VI. Grunderwerb und Grundbesitz .....	622
VII. Zusammenfassende Bewertung der Teilbesteuerung der Vermögensverwaltung .....	623
D. Hoheitsbetrieb .....	628
I. Begriffliche Grundlagen .....	628
II. Meinungsstand zur Auslegung des Begriffs „Ausübung öffentlicher Gewalt“ .....	638
III. Analyse der Erklärungsformeln zum Begriff der „Ausübung öffentlicher Gewalt“ .....	714
IV. Lösungsvorschlag zum Begriff „öffentliche Gewalt“ .....	751
V. Zusammenfassung zum Begriff „Ausübung öffentlicher Gewalt“ (Hoheitsbetriebe) .....	798
VI. Ausgewählte Anwendungs- und Einzelfälle hoheitlicher Tätigkeiten von JPöR .....	801
VII. Rechtspraktische Sonderfälle: Einschaltung sog. Dritter in die Aufgabenerfüllung .....	861
E. Zusammenfassende verfassungsrechtliche Bewertung der aktuellen Eigenbesteuerung der öffentlichen Hand (Steuerzugriffsnormen) ...	930
I. Rechtsprechung zur Verfassungsmäßigkeit .....	930
II. Verfassungsrechtliche Kritik .....	932
F Reformperspektiven .....	939
I. Reformbedarf .....	939
II. Reformüberlegungen .....	943
<b>§ 5 Unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht .....</b>	<b>951</b>
A. Körperschaftsteuerpflicht der öffentlichen Hand .....	960
I. Steuerpflicht der JPöR .....	960
II. Beginn und Ende der Steuerpflicht .....	974
III. Steuerbefreiungen nach § 5 KStG .....	980

## Inhaltsübersicht

	Seite
B. Der steuerliche Querverbund .....	1026
I. Zusammenfassung mehrerer BgA im steuerlichen Querverbund .....	1026
II. Zusammenfassung aufgrund Gleichartigkeit .....	1049
III. Enge wechselseitige technisch-wirtschaftliche Verflechtung von einigem Gewicht .....	1071
IV. Zusammenfassung von Versorgungs- und Verkehrsbetrieben .....	1090
V. Weitere Zusammenfassungsmöglichkeiten .....	1095
VI. Weiterentwicklung des steuerlichen Querverbunds .....	1100
C. Grundsätze der Einkommensermittlung .....	1101
I. Verhältnis einer JPöR zu ihren BgA .....	1101
II. Einkommensermittlungsmethoden bei BgA .....	1108
III. Zurechnung von Wirtschaftsgütern zum Betriebsvermögen des BgA .....	1115
IV. Zurechnung von Betriebseinnahmen und -ausgaben .....	1145
V. Verlustabzug, § 8c KStG .....	1166
VI. Verwendung von Gewinnen eines BgA .....	1170
VII. Freibeträge, Steuersatz und Verfahren .....	1177
D. Einkommensermittlung bei strukturellen Dauerverlusten .....	1180
I. Einführung .....	1180
II. Anwendungsbereich .....	1181
III. Verdeckte Gewinnausschüttungen .....	1184
IV. Das „begünstigte“ Dauerverlustgeschäft .....	1188
V. Dauerverlustgeschäfte bei BgA .....	1198
VI. Dauerverlustgeschäfte bei Kapitalgesellschaften der öffentlichen Hand .....	1198
VII. Dauerverlustgeschäfte bei Beteiligungen an Personengesellschaften .....	1210
VIII. Rechtliche Bedenken gegen die Regelungen des steuerlichen Querverbunds .....	1212
IX. Exkurs: Der kleine Querverbund – Das Einlagenmodell als Gestaltungsinstrument .....	1222
E. Steuerliches Einlagekonto nach § 27 KStG .....	1232
I. Allgemeiner Regelungsinhalt .....	1232
II. Anwendbarkeit bei JPöR und BgA .....	1233
III. Anfangsbestand .....	1236
IV. Fortschreibung des steuerlichen Einlagekontos .....	1240
V. Gesonderte Feststellung .....	1253
VI. Notwendige Bescheinigung über die Verwendung .....	1256
VII. Sonderfälle .....	1261
<b>§ 6 Beschränkte Körperschaftsteuerpflicht (§ 2 Nr. 2 KStG insb. iVm § 20 EStG, Kapitalerträge iSd § 20 Abs. 1 Nr. 10 EStG) .....</b>	<b>1266</b>
A. Grundlagen .....	1268
I. JPöR als Steuersubjekt .....	1268
	XIX

## Inhaltsübersicht

	Seite
II. Sachlicher Anwendungsbereich der beschränkten Steuerpflicht bei JPöR .....	1268
III. Besteuerungsverfahren bei beschränkter Körperschaftsteuerpflicht .....	1271
B. Zweck der Regelung des § 2 Nr. 2 KStG iVm § 20 Abs. 1 Nr. 10 EStG .....	1272
C. Kapitalerträge juristischer Personen mit eigener Rechtspersönlichkeit (§ 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. a EStG) .....	1273
I. Persönlicher Anwendungsbereich .....	1273
II. Sachlicher Anwendungsbereich .....	1276
III. Durchführung des Kapitalertragsteuerabzugs .....	1277
D. Kapitalerträge juristischer Personen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (§ 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b EStG) .....	1279
I. Persönlicher Anwendungsbereich .....	1279
II. Sachlicher Anwendungsbereich .....	1287
III. Durchführung des Kapitalertragsteuerabzugs .....	1313
IV. Grundsätzliche Einordnung der Regelung .....	1318
<b>§ 7 Gewerbesteuerrecht</b> .....	1319
A. Allgemeines .....	1320
I. Gewerbebetrieb in GewStG und EStG/KStG .....	1320
II. Sinn und Zweck der gewerbesteuerlichen Besteuerung der öffentlichen Hand .....	1320
B. Steuertatbestand .....	1321
I. Steuergegenstand .....	1321
II. Sachliche Gewerbesteuerpflicht .....	1323
III. Gewerbeertrag .....	1335
IV. Steuersatz .....	1335
V. Besteuerung .....	1335
C. Anwendungsfälle .....	1336
<b>§ 8 Bilanz- und Bilanzsteuerrecht für öffentliche Unternehmen</b> .....	1338
A. Nationales Recht .....	1340
I. Öffentliche Unternehmen in Privatrechtsformen .....	1340
II. Anstalt des öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmen) ....	1347
III. Eigenbetriebe .....	1349
IV. BgA in Form von Regiebetrieben .....	1355
V. E-Bilanz bei der öffentlichen Hand .....	1375
B. Die internationalen Rechnungslegungsstandards für den öffentlichen Sektor (IPSAS) – eine Übersicht .....	1381
I. Das Standardsetzungsgremium .....	1381
II. Der Standardsetzungsprozess .....	1382
III. Das Rahmenkonzept .....	1383
IV. Stand der Standards zum 31.12.2015 .....	1386
V. Anwendungsbereich der IPSAS .....	1388

## Inhaltsübersicht

	Seite
C. Europäisches Bilanz- und Bilanzsteuerrecht für öffentliche Unternehmen (EPSAS) .....	1389
I. Die europäischen Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor (EPSAS) – eine Übersicht .....	1389
II. Der voraussichtliche Anwendungsbereich der EPSAS .....	1395
III. Bedeutung der EPSAS für die Bilanzierung und Besteuerung öffentlicher Unternehmen .....	1396
<b>§ 9 Umsatzsteuerrecht</b> .....	<b>1397</b>
A. Grundlagen der Besteuerung der öffentlichen Hand im Mehrwertsteuerrecht (Art. 13 MwStSystRL) .....	1401
I. Einführung .....	1401
II. Der Sinn und Zweck einer Besteuerung der „öffentlichen Hand“ .....	1402
III. Art. 13 MwStSystRL und seine Auslegung durch den EuGH im Überblick .....	1408
IV. Unmittelbare Anwendung des Art. 13 MwStSystRL? .....	1411
V. Ausgewählte Probleme bei der Besteuerung der öffentlichen Hand im Mehrwertsteuerrecht .....	1417
B. Die Umsatzbesteuerung der JPöR gem. § 2 Abs. 3 UStG .....	1433
I. Grundlagen .....	1433
II. Begriff der JPöR .....	1435
III. Unternehmerische Tätigkeit der JPöR im Rahmen eines BgA (§ 2 Abs. 3 S. 1 Alt. 1 UStG) .....	1441
IV. Umsatzsteuerrechtliche Besonderheiten .....	1460
C. Umsatzbesteuerung nach § 2b UStG nF .....	1465
I. Steuersubjekt .....	1465
II. Steuerbarkeit .....	1468
III. Steuerbefreiungen .....	1504
IV. Bemessungsgrundlage und Steuersatz .....	1512
D. Vorsteuerabzug und Vorsteuerberichtigung .....	1512
I. Allgemeine Bedeutung .....	1512
II. Vorsteuerabzug – Verwendung für Zwecke besteuerten Umsätze (§ 15 UStG) .....	1517
III. Vorsteuerberichtigung (§ 15a UStG) .....	1539
IV. Besonderheiten bei gemischt genutzten Fahrzeugen .....	1546
V. Auswirkungen der Regelung des § 2b UStG auf den Vorsteuerabzug bzw. eine Vorsteuerberichtigung .....	1552
VI. Resümee .....	1558
<b>§ 10 Weitere Einzelsteuern und Abgaben</b> .....	<b>1560</b>
A. Allgemeine Grundsätze .....	1562
B. Grundsteuer .....	1564
I. Allgemein .....	1564
II. Allgemeine Bedingungen der Steuerbefreiungen (auch) für JPöR .....	1568

## Inhaltsübersicht

	Seite
III. Personen- und zweckgebundene Steuerbefreiungen zugunsten des Grundbesitzes von JPöR (§ 3 GrStG) .....	1579
IV. Objekt- und zweckgebundene Steuerbefreiungen nach § 4 GrStG .....	1607
V. Bewertung .....	1614
C. Grunderwerbsteuer .....	1615
I. Allgemein .....	1615
II. Steuerbefreiungen .....	1619
D. Erbschafts- und Schenkungsteuerrecht .....	1649
I. Allgemein .....	1649
II. Besteuerung .....	1650
E. Weitere Steuerarten (spezielle Verkehr-, Verbrauch- und Aufwandsteuern) .....	1654
I. Kraftfahrzeugsteuer .....	1654
II. Luftverkehrssteuer .....	1658
III. Versicherungssteuer .....	1659
IV. Energie- und Stromsteuerrecht .....	1661
V. Glücksspielsteuerrecht .....	1663
VI. Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern .....	1664
VII. Sonstige spezialgesetzliche Steuer- und Abgabenbefreiungen für bestimmte JPöR .....	1668
VIII. Sonstiges Abgabenverwaltungsrecht .....	1668
<b>§ 11 Steuerbegünstigung der öffentlichen Hand .....</b>	<b>1673</b>
A. Allgemein .....	1674
I. Einleitung und Problematik .....	1674
II. Gemeinnützigkeitsfähigkeit der öffentlichen Hand .....	1675
B. Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit .....	1678
I. Satzungsmäßige Anforderungen .....	1678
II. Gemeinnützigkeit und Zweck .....	1679
C. Spendenrecht .....	1699
I. Entgegennahme von Spenden durch JPöR .....	1699
II. Pflichten aufgrund der AO .....	1700
III. Gegenstand der Spende .....	1702
IV. Haftung .....	1704
<b>3. Teil. Querschnitts-, Anwendungs- und Gestaltungsfragen der Besteuerung der öffentlichen Hand</b>	
<b>§ 12 Steuerrechtliche Wahl der Rechts- und Organisationsform für öffentliche Unternehmen .....</b>	<b>1705</b>
A. Einleitung .....	1706
B. Öffentlich-rechtliche Rechtsformen .....	1707
I. Regie- und Eigenbetrieb .....	1707
II. AöR/Kommunalunternehmen und Zweckverband .....	1714
C. Rechtsformen des Privatrechts .....	1717

## Inhaltsübersicht

	Seite
I. Relevante Besteuerungsaspekte der Kapitalgesellschaften .....	1717
II. Personengesellschaften .....	1718
III. Stille Gesellschaft .....	1733
D. Weitere relevante steuerliche Aspekte der Rechtsformwahl .....	1734
I. Steuerliche Anforderungen an Holdinggesellschaften .....	1734
II. Lohnsteuer .....	1735
III. Energie- und Stromsteuer .....	1735
E. Exemplarischer Belastungsvergleich .....	1736
<b>§ 13 Organisationsrechtliche Gestaltungsmodelle für öffentliche Unternehmen .....</b>	<b>1738</b>
A. Ertragsteuerrechtliche und umsatzsteuerrechtliche Organschaften ..	1742
I. Einleitung und Problematik .....	1742
II. Ertragsteuerrechtliche Organschaft in ihrer Wirkungsweise ...	1743
III. Umsatzsteuerrechtliche Organschaft in ihrer Wirkungsweise	1746
IV. Eigenschaften der beteiligten Unternehmen als Voraussetzungen für die Annahme des Vorliegens von Organschaftsverhältnissen .....	1748
B. Betriebsaufspaltung .....	1768
I. Einleitung und Problematik .....	1768
II. Sachliche und personelle Verflechtung .....	1768
III. Personelle Verflechtung zwischen der JPöR und der Betriebskapitalgesellschaft .....	1769
IV. Sachliche Verflechtung .....	1770
V. Entgeltliche Nutzungsüberlassung .....	1771
VI. Steuerrechtliche Folgen der Annahme einer Betriebsauf- spaltung .....	1773
VII. Vermeidung von Betriebsaufspaltungen bei JPöR .....	1775
C. Personengesellschaften (insb. GmbH & Co. KG) .....	1777
I. Einführung .....	1777
II. Steuerrechtliche Behandlung der speziellen Segmente der öffentlichen Personengesellschaft .....	1780
III. Beschränkung des Verlustausgleichs gem. § 15a EStG .....	1799
IV. Verlustausgleich im Rahmen der Gewerbesteuer .....	1805
V. Beteiligung der Komplementärkapitalgesellschaft an der KG	1806
VI. Gewinnermittlung, Sonderbilanzen, Sondervergütungen, Ergänzungsbilanzen .....	1806
VII. Grunderwerbsteuer .....	1820
D. Anstalten des öffentlichen Rechts/Kommunalunternehmen .....	1821
I. Grundlagen .....	1821
II. Besteuerung der Gründung .....	1826
III. Laufende Besteuerung .....	1830
IV. Holdingmodelle und Verlustverrechnung in der steuerlichen Praxis von Kommunalunternehmen .....	1840
V. Gemeinnützige Kommunalunternehmen .....	1842
VI. Rekommunalisierung der AöR .....	1843



## Inhaltsübersicht

	Seite
E. Öffentlich-rechtliche Stiftung .....	1843
I. Begriff und Abgrenzung zu anderen Stiftungsformen .....	1843
II. Rechtliche Grundlagen .....	1847
III. Besteuerung der öffentlich-rechtlichen Stiftung .....	1850
<b>§ 14 Steuerrechtliche Behandlung von PPP .....</b>	<b>1862</b>
A. Grundlagen .....	1863
I. Public Private Partnership/Öffentlich Private Partnerschaft ....	1863
II. Typische PPP-Modelle .....	1865
B. Besonderheiten der Besteuerung bei PPP-Projekten .....	1869
I. Grunderwerbsteuer .....	1869
II. Grundsteuer .....	1872
III. Ertragsteuern .....	1874
IV. Umsatzsteuer .....	1881
<b>§ 15 Organisationsrechtliche Umstrukturierungen von öffent-</b>	
<b>lichen Unternehmen und Vermögensübertragungen .....</b>	<b>1891</b>
A. Einleitung .....	1893
B. Dogmatik des BgA als Steuersubjekt/Steuerobjekt .....	1895
I. Dogma der „fiktiven Kapitalgesellschaft“ .....	1895
II. Widersprüchliche Dogmatik des BFH seit Fernsehurm-	
entscheidung .....	1896
III. Auswirkungen der dogmatischen Zweifelsfragen auf	
Umstrukturierungen .....	1898
IV. Regelung des § 20 Abs. 1 Nr. 10 EStG .....	1899
C. Ausgewählte steuerrechtliche Umstrukturierungen von	
öffentlichen Unternehmen .....	1901
I. Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter von einem BgA auf	
einen anderen BgA .....	1902
II. Zusammenfassung/Trennung von BgA .....	1903
III. Zuordnung von Beteiligungen zu BgA .....	1906
IV. Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter oder Betriebe/	
Teilbetriebe von einem BgA auf eine Personengesellschaft .....	1908
V. Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter oder Betriebe/	
Teilbetriebe von einem BgA auf eine Kapitalgesellschaft .....	1910
D. Ausgewählte gesellschaftsrechtliche Umstrukturierungen von	
öffentlichen Unternehmen .....	1914
I. „Gründung“ eines Regiebetriebes .....	1914
II. Vom Regiebetrieb zum Eigenbetrieb .....	1915
III. Vom Regie- oder Eigenbetrieb zur AöR (Kommunalunter-	
nehmen) .....	1917
IV. Vom Regie- oder Eigenbetrieb in eine Personenhandels-	
gesellschaft .....	1923
V. Vom Regie- oder Eigenbetrieb in eine Kapitalgesellschaft .....	1927
VI. Von der Personengesellschaft zur Kapitalgesellschaft .....	1934
VII. Von der Kapitalgesellschaft zur Personengesellschaft .....	1938

## Inhaltsübersicht

	Seite
VIII. Aus der Kapitalgesellschaft zurück in den Regie- oder Eigenbetrieb .....	1943
IX. Aus der AöR zurück in den Regie- oder Eigenbetrieb .....	1946
X. Aus der AöR in die Kapitalgesellschaft .....	1950
<b>§ 16 Kommunale Unternehmen und Betätigungen .....</b>	<b>1955</b>
A. Zuschüsse der öffentlichen Hand (Umsatzsteuer und Ertragsteuer) .....	1969
I. Die öffentliche Hand und Umsatzsteuer .....	1969
II. Anwendungsfälle im Bereich der Zuschüsse der öffentlichen Hand .....	1993
III. Zuschüsse der öffentlichen Hand und Ertragsteuer .....	2002
B. Zuwendungen an die öffentliche Hand (Verwaltungssponsoring) ....	2015
I. Einleitung .....	2015
II. Steuerrechtliche Grundlagen des Verwaltungssponsorings .....	2015
III. Praxisprobleme .....	2021
IV. Fazit .....	2027
C. Konzern „Stadt“ aus steuerrechtlicher Sicht .....	2028
I. Einführung .....	2028
II. Beteiligungskonzern .....	2029
III. Organschaftskonzern .....	2032
IV. Steuerlicher Querverbund .....	2034
V. Grunderwerbsteuerrechtliche Fragen .....	2045
D. Steuerliches Risikomanagement bei kommunalen Unternehmen .....	2047
I. Einführung .....	2047
II. Risiken in Kommunen .....	2048
III. Grundlagen des Risikomanagement .....	2052
IV. Steuerliches Risikomanagement im engeren Sinne .....	2063
V. Organisation des steuerlichen Risikomanagement .....	2071
VI. Risikomanagementsysteme der Finanzverwaltung .....	2078
VII. Abschließende Bemerkungen und Ausblick auf notwendige Veränderungen .....	2078
E. Tax Compliance bei kommunalen Unternehmen .....	2079
I. Einleitung .....	2079
II. Rechtsrahmen von Tax Compliance .....	2080
III. Organisation von Tax Compliance .....	2091
IV. Fazit .....	2099
F. Entsorgungsbetriebe .....	2099
I. Die Aufgabenstellung der öffentlichen Hand im Entsorgungsbereich .....	2099
II. Rechtstatsächliche Befunde .....	2100
III. Die umsatzsteuerrechtliche Ausgangslage .....	2101
IV. Keine gesetzgeberischen Aktivitäten zur Besteuerung der Entsorgungsleistungen .....	2103
V. § 2b UStG neue Fassung .....	2103

## Inhaltsübersicht

	Seite
VI. Abfallrechtliche Bestimmungen als Vorfrage zur Steuerbarkeit der Entsorgungsleistungen: Hausmüll .....	2105
VII. Gewerbemüll .....	2108
VIII. Verwertungsumsätze .....	2109
IX. Kooperationen .....	2110
X. Vorsteuerabzug .....	2111
G. Friedhöfe und Krematorien .....	2113
I. Einleitung .....	2113
II. Erdbestattung (Friedhöfe) .....	2118
III. Feuerbestattung (Krematorien) .....	2125
IV. Grundsteuerbefreiung .....	2143
H. Gemeinnützigkeits- und spendenrechtliche Besonderheiten insbesondere bei kommunalen JPöR .....	2144
I. Hoheitliche, wirtschaftliche, und gemeinnützige Tätigkeiten der öffentlichen Hand .....	2144
II. Gemeinnützige BgA .....	2153
III. Gemeinnützige Fördereinrichtungen (§ 58 Nr. 1 AO) zugunsten der öffentlichen Hand .....	2156
IV. Gemeinnützige Kapitalgesellschaften .....	2158
I. Krankenhäuser .....	2162
I. Einführung .....	2162
II. Struktur des Krankenhausmarktes .....	2162
III. Ertragsteuernpflicht von öffentlichen Krankenhäusern .....	2163
IV. Steuerbegünstigte Zwecke .....	2164
V. Abgabenrechtliche Einordnung der wirtschaftliche Aktivitäten von Krankenhäusern .....	2169
VI. Umsatzbesteuerung von Krankenhäusern .....	2174
J. Kulturelle Einrichtungen, insbesondere Museen .....	2180
I. Allgemein .....	2180
II. Steuerrechtliche Einordnung in Bezug auf die Ertragsteuern .....	2180
III. Steuerrechtliche Einordnung in Bezug auf die Gemeinnützigkeit .....	2183
IV. Steuerrechtliche Einordnung in Bezug auf die Umsatzsteuer .....	2186
V. Fazit .....	2197
K. Land- und Forstwirtschaft .....	2197
I. Einleitung .....	2197
II. Tätigkeitsfelder land- und forstwirtschaftlicher Betriebe .....	2197
III. Körperschaftsteuer bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben von JPöR .....	2213
IV. Gewerbesteuer bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben von JPöR .....	2216
V. Umsatzsteuer bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben von JPöR .....	2217
L. Marktbetriebe .....	2237
I. Allgemeines .....	2237

## Inhaltsübersicht

	Seite
II. Marktbetriebe .....	2238
III. Steuerbefreiung gem. § 4 Nr. 12 UStG .....	2239
IV. Vorsteuerabzug .....	2241
M. Parkraumbewirtschaftung .....	2242
I. Einleitung .....	2242
II. Grundlagen .....	2243
III. Ertragsteuerrechtliche Aspekte einer entgeltlichen Stellplatzüberlassung .....	2247
IV. Umsatzsteuerrechtliche Aspekte einer Stellplatzüberlassung .....	2258
V. Grundsteuerbefreiung von Stellplätzen .....	2267
N. Verkehrs- und Hafengebiete .....	2269
I. Die Regelung des § 4 Abs. 3 KStG .....	2269
II. Verkehrsbetriebe im Allgemeinen .....	2269
III. Einrichtungen des ruhenden Verkehrs .....	2271
IV. Hafengebiete .....	2273
V. Sonstige Besteuerung .....	2273
O. Versorgungsbetriebe und Konzessionsabgaben .....	2274
I. Einleitung und Problematik .....	2274
II. Typische umsatzsteuerrechtliche Fragestellungen in der Versorgungswirtschaft .....	2278
III. Typische bilanzsteuerrechtliche Fragestellungen in der Versorgungswirtschaft .....	2296
IV. Typische körperschaftsteuerliche Fragestellungen in der Versorgungswirtschaft .....	2300
V. Energie- und stromsteuerrechtliche Fragestellungen in der Versorgungswirtschaft .....	2305
VI. Steuerrechtliche Behandlung von Konzessionsabgaben .....	2315
P. Verpachtungsbetriebe .....	2325
I. Einleitung .....	2325
II. Körperschaftsteuerrechtliche Beurteilung .....	2325
III. Umsatzsteuerrechtliche Beurteilung .....	2340
IV. Zusammenfassende Übersicht .....	2352
<b>§ 17 Sparkassen .....</b>	<b>2354</b>
A. Allgemein .....	2354
I. Rechtsgrundlagen .....	2355
II. Öffentlich-rechtliche Trägerschaft und Vereinigung von Sparkassen .....	2356
B. Körperschaftsteuer .....	2358
I. Steuerpflicht .....	2358
II. Besonderheiten der Besteuerung .....	2359
C. Umsatzsteuer .....	2365
I. Steuerpflicht .....	2365
II. Option zur Umsatzsteuer und Vorsteuerschlüssel .....	2365
III. Besonderheiten der Besteuerung .....	2368

## Inhaltsübersicht

	Seite
<b>§ 18 Hochschulen</b> .....	2371
A. Bestimmung der Aufgriffseinheiten für BgA und Zuordnung von BgA .....	2372
I. BgA im Forschungsbereich .....	2372
II. Hochschuleitige Zentraleinheiten .....	2376
III. Forschung im medizinischen Bereich zwischen Universität und Universitätsklinikum .....	2376
B. Umsatzsteuerrechtliche Spezifika für Hochschulen .....	2378
I. Auswirkungen des § 2b UStG auf Hochschulen und Forschungsk Kooperationen .....	2378
II. Zuschüsse und Kooperationsverhältnisse .....	2386
III. Besonderheiten iRd Kooperation von Universitäten und Universitätsklinikum .....	2392
IV. Umsatzsteuerfreiheit der Weiterbildung .....	2396
C. Gewinnermittlung und Ertragsbesteuerung .....	2398
I. Abgrenzung ertragsteuerfreier Forschungstätigkeiten .....	2398
II. Ermittlung der steuerlich berichtigungsfähigen Gemeinkosten .....	2399
D. Problematik dauerdefizitärer Tätigkeiten im Hochschulbereich .....	2400
I. Allgemeine Problematik .....	2400
II. Dauerdefizitäre Tätigkeiten im Forschungsbereich .....	2401
III. Dauerdefizitäre Tätigkeiten außerhalb des Forschungsbereichs .....	2403
IV. Verluste und steuerliches Einlagekonto .....	2404
E. Hochschulen und Zuwendungsrecht .....	2409
I. Unentgeltlichkeit der Spende – Problematik des zeitnahen Abschlusses von Forschungsk Kooperationen .....	2409
II. Mittelverwendung .....	2409
F. Gemeinnützige BgA im Hochschulbereich .....	2411
I. Zulässigkeit und Satzungserfordernis .....	2411
II. Weiterbildung .....	2412
III. Kulturelle Einrichtungen .....	2413
IV. Förderung des Sports .....	2413
V. Forschungsförderung .....	2415
<b>§ 19 Besteuerung der Kirchen als juristische Personen des öffentlichen Rechts</b> .....	2416
A. Allgemein .....	2419
I. Die im Grundgesetz vorgesehenen Organisationsformen der Kirchen .....	2419
II. Als KöR organisierten Kirchen .....	2421
III. Bedeutung der Wettbewerbsgleichheit bei der Besteuerung der kirchlichen Körperschaften .....	2425
IV. Ausübung öffentlicher Gewalt durch die Kirchen .....	2427
B. Körperschaftsteuer .....	2429
I. Begriffsbestimmungen .....	2429

## Inhaltsübersicht

	Seite
II. Kirchliche steuerpflichtige BgA .....	2432
C. Umsatzsteuer .....	2434
I. Grundsätzliches .....	2434
II. Fallkonstellationen fehlender Steuerbarkeit im kirchlichen Bereich .....	2435
III. Neuregelung der Umsatzbesteuerung nach europarechtlichen Vorgaben (§ 2b UStG) .....	2435
IV. Voraussetzungen des § 2b Abs. 1 und 2 UStG .....	2437
V. Fehlende Wettbewerbsverzerrung bei Beistandsleistungen durch kirchliche Zusammenarbeit (§ 2b Abs. 3 UStG) .....	2443
VI. Verhältnis von § 2b Abs. 3 UStG zu § 2b Abs. 2 UStG .....	2448
VII. Unternehmereigenschaft kraft Gesetz (§ 2b Abs. 4 UStG) .....	2449
VIII. Aspekte der Übergangsregelung des § 27 Abs. 22 UStG .....	2449
IX. Empfehlungen für den kirchlichen Gesetzgeber .....	2452
X. Allgemeine Steuerbarkeit und Steuerpflicht kirchlicher Leistungen nach dem UStG .....	2453
D. Sonstige Steuern .....	2454
I. Grunderwerbsteuer .....	2454
II. Grundsteuer .....	2455
III. Erbschaft- und Schenkungsteuer .....	2455
IV. Kapitalertragsteuer .....	2456
<b>§ 20 Die Besteuerung von öffentlich-rechtlichen Rundfunk- anstalten</b> .....	2457
I. Allgemeines .....	2457
II. Körperschaftsteuer .....	2459
III. Umsatzsteuer .....	2464
IV. Gewerbesteuer .....	2468
<b>§ 21 Sozialversicherung</b> .....	2470
A. Allgemeines .....	2471
I. System der gesetzlichen Sozialversicherung .....	2471
II. Einzelne Sozialversicherungen .....	2472
B. Körperschaftsteuer .....	2478
I. Anwendbarkeit der Regeln über die Besteuerung von JPöR .....	2478
II. Abgrenzung von BgA und Hoheitsbetrieben .....	2479
III. Durchführung der Besteuerung .....	2486
C. Umsatzsteuer .....	2488
I. Einführung .....	2488
II. Besteuerung von JPöR .....	2489
III. Steuerbefreiungen .....	2493
IV. Ermäßigter Umsatzsteuersatz .....	2497
V. Umkehr der Steuerschuldnerschaft (§ 1a, § 13b UStG) .....	2498
VI. Vorsteuerabzug und Vorsteuerberichtigung .....	2498
D. Sonstige Steuern .....	2499
I. Grundsteuer .....	2499

## Inhaltsübersicht

	Seite
II. Grunderwerbsteuer .....	2499
III. Versicherungsteuer .....	2499
<b>§ 22 Funktionale Selbstverwaltung (Kammerwesen) .....</b>	<b>2500</b>
A. Gewerblich: Handwerkskammern .....	2501
I. Rechtliche Entwicklung .....	2501
II. Grundlagen der Besteuerung der Handwerkskammern .....	2507
III. Steuerpflicht und mögliche Gestaltungen .....	2514
IV. Exkurs: Besteuerung ehrenamtlicher Tätigkeiten für JPöR .....	2530
B. Kammern der Freien Berufe .....	2536
I. Rechtliche Grundlagen der Körperschaften des öffentlichen Rechts der Freien Berufe .....	2536
II. Körperschaftsteuer .....	2539
III. Gewerbesteuer .....	2545
IV. Umsatzsteuer .....	2546

## 4. Teil. Verfahrensrechtliche Fragen

<b>§ 23 Die Außenprüfung bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts .....</b>	<b>2555</b>
Einleitung .....	2556
A. Allgemeines .....	2556
I. Begriff und Zweck von Außenprüfungen .....	2556
II. (Steuer-)Subjekt der Außenprüfung .....	2557
III. Gründe für Außenprüfungen .....	2559
IV. Zuständige Betriebsprüfungsstelle .....	2560
V. Mitwirkungsrecht des Bundeszentralamtes für Steuern und der Gemeinden .....	2564
VI. Zulässigkeit und Ermessen .....	2565
VII. Formen von Außenprüfungen .....	2566
B. Prüfungsanordnung .....	2567
I. Begriff und Rechtsgrundlage .....	2567
II. Anforderungen an die Prüfungsanordnung .....	2569
III. Rechtsfolgen der Prüfungsanordnung .....	2574
IV. Folgen einer fehlerhaften Prüfungsanordnung und Rechts- schutz .....	2575
C. Ablauf der Außenprüfung .....	2577
I. Prüfungsbeginn und Dauer .....	2577
II. Auskunftspflicht .....	2578
III. Mitwirkungspflicht .....	2578
IV. Datenzugriff auf Bücher, Aufzeichnungen und Unterlagen in digitaler Form .....	2580
V. Kontrollmitteilungen .....	2581
VI. Prüfungsschwerpunkte bei JPöR .....	2582
D. Ergebnis der Außenprüfungen .....	2584

## Inhaltsübersicht

	Seite
I. Abschluss der Außenprüfung .....	2584
II. Prüfbericht .....	2585
III. Tatsächliche Verständigung .....	2586
IV. Änderungen durch Außenprüfungen .....	2588
V. Verwertungsverbote .....	2589
<b>§ 24 Steuerrechtlicher Konkurrentenrechtsschutz .....</b>	<b>2590</b>
A. Einführung .....	2590
B. Voraussetzungen des Konkurrentenrechtsschutzes .....	2592
I. Wettbewerb als Ausgangssituation und Anspruchsgrundlage ..	2592
II. Auskunftsklage und Auskunftsanspruch .....	2594
III. Konkurrentenklage .....	2598
Sachverzeichnis .....	2601





**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG